

SPERRFRIST: MONTAG, 15. NOVEMBER 2021, 16:00 UHR

PRESSEMELDUNG

Ölmühlen fordern bezahlbare und klimaneutrale Energie

Steigende Energiekosten, fehlende klimaneutrale Energieträger: Auf dem Weg zur Klimaneutralität benötigen deutsche Speiseölhersteller besseren Schutz vor Standortnachteilen durch CO2-Preis und Bereitstellung klimaneutraler Energieträger.

Berlin, 15.11.2021. Angesichts steigender Energiekosten forderte OVID-Präsidentin Jaana Kleinschmit von Lengefeld heute auf einer Veranstaltung der Agentur für Erneuerbare Energien die Politik auf, den Ausbau klimaneutraler Energieträger energischer voranzutreiben sowie die Carbon-Leakage-Verordnung nachzubessern.

"Wir stehen uneingeschränkt hinter dem 1,5-Grad-Ziel von Paris. Deshalb wollen wir den Weg zur Klimaneutralität zügig beschreiten. Doch aktuell sind klimaneutrale und vor allem auch bezahlbare Energieträger wie etwa grüner Wasserstoff im industriellen Maßstab schlicht nicht verfügbar", so Kleinschmit von Lengefeld. Deutsche Ölmühlen und Pflanzenölraffinerien investieren seit über 20 Jahren in Energieeffizienz, dennoch benötigen sie pro Jahr etwa vier Terawattstunden in Form von Strom und Wärme. Das entspricht dem jährlichen Strom- und Wärmeverbrauch der Einwohner der Landeshauptstädte Kiel und Potsdam zusammen oder rund 900 Windkraftanlagen mit einer Leistung von jeweils vier Megawatt.

Gleichzeitig steigen die Energiekosten durch den CO2-Preis, während die Kompensation durch die Carbon-Leakage-Verordnung nicht ausreicht. "Geht das so weiter, verliert Deutschland als Standort zur Speiseölproduktion seine Wettbewerbsfähigkeit", beschreibt Kleinschmit von Lengefeld die aktuellen Sorgen der Branche.

Seit Anfang des Jahres gilt ein nationaler CO2-Preis von 25 Euro je Tonne. Um Carbon Leakage, die Verlagerung von CO2-Emissionen durch Abwanderung ins Ausland zu vermeiden, sieht der Gesetzgeber für Ölmühlen eine Kompensation in Höhe von 70 Prozent vor. Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zählt die Branche jedoch zu den am stärksten von Abwanderung bedrohten Sektoren. Eine solche Abwanderung kann in Drittstaaten zu höheren Emissionen führen. OVID fordert daher, die Kompensation auf 95 Prozent zu erhöhen und die Anstrengungen zur Bereitstellung klimaneutraler und bezahlbarer Energie für Industrieprozesse zu erhöhen. "Wir wollen auch weiterhin in Deutschland produzieren. Doch dazu müssen jetzt die Weichen in Richtung Zukunft gestellt werden", so Kleinschmit von Lengefeld abschließend.



PRESSEMELDUNG

Pressekontakt OVID

Maik Heunsch Am Weidendamm 1A, 10117 Berlin Tel: +49 (0)30 / 72 62 59 - 57 presse@ovid-verband.de

OVID Verband der ölsaatenverarbeitenden Industrie in Deutschland e.V.

OVID vertritt als Verband die Interessen der ölsaatenverarbeitenden und ölraffinierenden Unternehmen in Deutschland. Die Kernaufgabe der 19 Mitgliedsfirmen ist die Verarbeitung von Ölsaaten und Pflanzenölen zu Produkten für die Lebensmittelindustrie, die Futtermittelindustrie, die Bioökonomie, die Oleochemie, die technische Verwendung und für die Bioenergie. Als Verband ist OVID Schnittstelle zwischen seinen Mitgliedsunternehmen, politischen Entscheidungsträgern, Wirtschaft, Wissenschaft und Institutionen sowie Medien und der Öffentlichkeit. Sitz des Verbandes ist Berlin, in Brüssel ist OVID über den europäischen Verband FEDIOL vertreten. www.ovid-verband.de